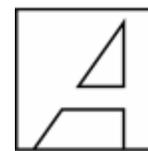




MKAS - Newsletter



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

Mazedonien im Januar 2007

Einführung der flat tax in Mazedonien – Invest in Macedonia!

DUI und PDP ziehen aus dem Parlament aus – Politischer Dialog erneut in der Krise oder nur Schau?

Das lange Tauziehen um den neuen Generalstaatsanwalt ist zu Ende

Knapp 500kg Kokain an der Grenze sichergestellt

Ahtisaaris Statusvorschlag für den Kosovo – Reaktionen aus Mazedonien

KURZNACHRICHTEN



Einführung der flat tax in Mazedonien – Invest in Macedonia!



Mit Beginn des neuen Jahres wurden die Unternehmens- und Einkommensteuer deutlich gesenkt. Die bisherigen Einkommensteuersätze von 15, 18 und 24 % wurden durch den einheitlichen Steuersatz von 12% ersetzt. Die Gewinnsteuer, bisher 15%, beträgt in diesem Jahr nur noch 12% und ab kommenden Jahr nur noch 10%. Die Steuersenkungen sind Teil eines größeren Programms zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Mazedonien, um verstärkt ausländische Direktinvestitionen ins Land zu bringen. Der IWF, der sich anfangs noch um ein Haushaltsdefizit aufgrund der sinkenden Steuereinnahmen sorgte, stimmte letztlich dem Vorhaben zu. Rund 20% des BSP kommen von den Auslandsmazedoniern, die rund eine Milliarde US\$ jährlich an ihre Familien oder Freunde in Mazedonien überweisen. Gleichzeitig zu den Steuersenkungen lief auch die Werbekampagne „Invest in Macedonia“ (www.investinmacedonia.com) an. Weltweit wurden Anzeigen in allen großen Tageszeitungen geschaltet und die Vorzüge des Standorts angepriesen. Erster ausländischer Investor ist das US-Unternehmen S&A Capital, das mit 14 Mio. Euro die Gasversorgung in einigen Städten finanziert. Die Opposition kritisierte die Kampagne, da die Regierung die genaue Höhe der Kosten nicht bekannt gab. Unstrittig ist jedoch, dass dies die erste größere Initiative von mazedonischer Seite überhaupt zur Anwerbung ausländischer Direktinvestoren ist.

Familien oder Freunde in Mazedonien überweisen. Gleichzeitig zu den Steuersenkungen lief auch die Werbekampagne „Invest in Macedonia“ (www.investinmacedonia.com) an. Weltweit wurden Anzeigen in allen großen Tageszeitungen geschaltet und die Vorzüge des Standorts angepriesen. Erster ausländischer Investor ist das US-Unternehmen S&A Capital, das mit 14 Mio. Euro die Gasversorgung in einigen Städten finanziert. Die Opposition kritisierte die Kampagne, da die Regierung die genaue Höhe der Kosten nicht bekannt gab. Unstrittig ist jedoch, dass dies die erste größere Initiative von mazedonischer Seite überhaupt zur Anwerbung ausländischer Direktinvestoren ist.

DUI und PDP ziehen aus dem Parlament aus – Politischer Dialog erneut in der Krise oder nur Schau?

Die albanische Oppositionspartei DUI, die sich zusammen mit der kleinen PDP in einer kleinen Koalition befindet, ist aus Protest aus dem Parlament ausgezogen. Die DUI, bis zu den Wahlen im Juli 2006 Regierungspartei, hat die neue Regierung nicht anerkannt und beharrt immer noch auf die Bildung einer neuen Regierung aus stärkster albanischer und stärkster mazedonischer Partei. Auf einer gemeinsamen Vorstandssitzung beider Parteien am 22. Januar entschied



die Führung, dass man solange der Parlamentsarbeit fern bleiben werde, bis auf allen Ebenen das sog. Badinter Prinzip (eigentlich doppelte Mehrheit) in Kraft sei. Nach Meinung von Ismet Ramadani (PDP) werden die Bestimmungen des Ochridabkommens von 2001 missachtet. Die DUI will nicht mehr hinnehmen, dass bestimmte Gesetze mit einfacher Mehrheit im Parlament (120 Sitze) verabschiedet werden, die nach Ansicht der DUI eigentlich die doppelte Mehrheit (mindestens 61 und 19 Stimmen) erfordern würden. Im Falle einer Abstimmung mit der doppelten Mehrheit kann die DUI jedes Gesetz blockieren, da die Regierungsparteien nur 14 Abgeordnete der verfassungsmäßigen Minderheiten in ihren Reihen haben. Selbst die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, allen voran der Britische Botschafter, konnten die Parteien nicht zu einer Rückkehr ins Parlament bewegen. Auch die US Botschafterin konnte nichts bewirken und sagte am Rande eines Treffens mit Parteichef Ahmeti, dass die DUI endlich ihre Oppositionsrolle anerkennen müsse. Die EU Delegation bemängelt einen fehlenden politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition. Nachdem Premierminister Gruevski in





den letzten vier Monaten vier Treffen mit Ahmeti hatte und ein neues Gespräch vorschlug, sagte die Sprecherin der DUI Emira Mehmeti, die DUI habe nie eine Einladung erhalten. Die erneute Einladung Gruevskis kam nun in Form eines offenen Briefes an Ahmeti. Dennoch ist unklar, ob es in Kürze ein neues Treffen geben wird. Der Konflikt hat mittlerweile auch auf die albanischen Kommunen übergreifen. 13 der 14 vorwiegend albanischen Gemeinden haben einen DUI Bürgermeister. Die Bürgermeister kündigten an, die Treffen mit dem Minister für Lokale Selbstverwaltung zu boykottieren, da ihrer Meinung nach die gesamte Regierung illegitim sei. Bürgermeister Mexhiti der Stadtgemeinde Chair in Skopje sagte: „Die DUI hat ein Problem in der Kommunikation mit den Behörden und daher erwägen die DUI Bürgermeister einen Austritt aus dem Gemeindeverband ZELS“.

Das lange Tauziehen um den neuen Generalstaatsanwalt ist zu Ende

Ljupco Svrgovski ist neuer Generalstaatsanwalt. Er wurde am 24. Januar mit den Stimmen der Regierungsmehrheit im Parlament gewählt. Die Abgeordneten der Oppositionspartei SDSM stimmten nicht mit ab, da sie vor der Wahl eines neuen Staatsanwalts zunächst ein neues Gesetz über den Generalstaatsanwalt forderten. Mit der Wahl von Svrgovski findet eine lange Diskussion um die Nachfolge von Aleksandar Prcevski, der wegen „Untätigkeit und mangelnder Amtsführung“ suspendiert wurde, ein Ende. Zunächst wurde über den Plan von Premierminister Gruevski diskutiert, einen Ausländer als neuen Generalstaatsanwalt ein zu setzen. Im Gespräch waren unter anderem ein Brite und ein Italiener, letzterer hat schon Erfahrung im Kampf mit der Organisierten Kriminalität in Sizilien gemacht. Gesetzliche Bestimmungen verhinderten die Einsetzung eines Ausländers und so trat Svrgovski am 26. Januar sein Amt an (im Bild rechts am Tisch bei der Amtseinführung durch den Parlamentspräsidenten). Es wird erwartet, dass er die Korruption und vor allem die Schwarzgeschäfte bekämpft, die der Volkswirtschaft jedes Jahr Millionenschäden verursachen und das Ansehen bei der EU und bei Investoren schädigen.



Knapp 500kg Kokain an der Grenze sichergestellt



Annähernd eine halbe Tonne Kokain im Wert von rund 100 Millionen Euro wurde an der Grenze zum Kosovo Anfang Januar von mazedonischen Behörden sichergestellt. Der Weg der Drogen führte per Schiff von Venezuela über Italien nach Bar in Montenegro. Von dort wurde das Rauschgift am 04. Januar auf einem LKW und in Farbeimern versteckt durch das Kosovo nach Mazedonien transportiert, der Bestimmungsort sollte laut Ermittlungsbehörden Thessaloniki sein. Die kosovarische Polizei stoppte den LKW, konnte aber angeblich nichts Verdächtiges feststellen und informierte die mazedonische Polizei. Am Grenzübergang Blace wurde der Lastwagen dann vom Zoll erwartet und im Terminal durchsucht. In 76 Farbeimern fanden sich



exakt 486,705kg Kokain. Das Innenministerium ließ verlauten, dass es sich sowohl bei der Absender- und auch bei der Empfängerfirma um reine Briefkästenfirmen handelt. Mittlerweile wurde in Mazedonien Haftbefehl für Stanislava Poletan Cocorevska (38) erlassen, einer Geschäftsfrau, die den Transport in Auftrag gegeben haben soll. Angeblich soll mit der Lieferung die Route von Montenegro über Kosovo und Mazedonien nach Griechenland getestet werden. Poletan Cocorevska hält sich in Belgrad auf und wird wegen ihrer serbischen Staatsbürgerschaft vermutlich nicht ausgeliefert werden. Die mazedonische Polizei erhielt nach eigenen Angaben einen Tipp, dass jemand aus Venezuela „76 Grösse“ senden wird. Man vermutete daher lediglich 76kg Rauschgift und nicht 76 Eimer mit Kokain.

Ahtisaaris Statusvorschlag für den Kosovo – Reaktionen aus Mazedonien

Bereits im Vorfeld der Bekanntgabe des Vorschlags des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs Martti Ahtisaari erklärte sich die mazedonische Regierung mit jedem Vorschlag einverstanden, wenn er für Belgrad und Priština akzeptabel sei. Staatspräsident Crvenkovski: „Mazedonien ist weder ein Teil des Kosovo-Problems, noch kann es Basis für eine Lösung sein“. Als Reaktion auf den Vorschlag des finnischen Sondergesandten Ahtisaari, wonach das Kosovo de facto unabhängig werden soll, ohne das „U-Wort“ zu gebrauchen, erklärte der mazedonische Staatspräsident Crvenkovski (Bild links), dass



Ahtisaaris Plan zum Kosovostatus die nationalen Interessen Mazedoniens nicht gefährden würden. „Außerdem sei der die Demarkation der Grenze zum Kosovo betreffende Teil im Dokument sehr gut definiert und beinhaltet unsere Position dazu. Der Kosovostatus hat oberste Priorität für Priština und Belgrad, aber nicht für Mazedonien.“ sagte Crvenkovski am Montag. Am Samstag reiste der kosovarische Oppositionspolitiker Hashim Thaci nach Skopje und traf mit Premierminister Gruevski zu einem informellen Gespräch zusammen. Auch Gruevski betonte die große Bedeutung des Dokuments, das auch einen Vorschlag für die Lösung des Demarkationsproblems beinhalte, er sehe dies jedoch nur als eine technische Frage. Gruevski sagte, dass es für ihn von größter Bedeutung sei, dass die Region stabil und das Kosovo Stabilität erzeuge und keine Krisen in der Zukunft. Während Thaci die Worte „unabhängig“ und „souverän“ verwendete, vermied Gruevski jegliche Andeutung auf den künftigen Status. In einem Interview mit dem mazedonischen Programm der Deutschen Welle äußerte sich der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski: „Die Auflösung Jugoslawiens begann mit der Kosovokrise 1981 und endet nun mit der Lösung des Kosovoproblems. Damit findet der Dominoeffekt sein Ende“. Ähnlich äußerte sich auch der Parlamentspräsident Ljubiša Georgievski: „Wir hoffen, dass dies nun zur Zufriedenheit aller sein wird und es ein Beitrag für Frieden und Stabilität ist.“ Die vorsichtige Haltung der mazedonischen Regierung ist gut verständlich, wenn man die Reaktionen aus Belgrad berücksichtigt. Alleine schon aus wirtschaftlichen Gründen kann es sich Skopje nicht leisten, mit Belgrad auf Konfrontationskurs zu gehen. Unter den Nachbarländern steht Serbien beim Warenaustausch an erster und auf der Liste der bilateralen Handelspartner nach Deutschland an zweiter Stelle. Auch politisch hätte Skopje wenig der angedrohten „Serbischen Hallstein-Doktrin“ entgegen zu setzen.





KURZNACHRICHTEN

- ▶ Das staatliche Statistikbüro bezifferte das Nettodurchschnittseinkommen in Mazedonien auf 13.896 MKD (ca. 231 €). Die bedeutet einen leichten Anstieg um 4,1% zum Vorjahr.
- ▶ In Kürze wird die Ausschreibung für den Bau von 68 neuen Hydroelektrischen Kraftwerken beginnen. Laut Stellvertretenden Premierminister Stavrevski soll die Leistung je nach Größe der Anlagen zwischen 400 KWh und einer MWh sein.
- ▶ Der frühere Verteidigungsminister Ljuben Paunovski wurde Anfang Januar wegen Unterschlagung von über einer Million Euro während des bewaffneten Konflikts 2001 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.
- ▶ Mit dem Beitritt zur EU hat Bulgarien die Visapflicht für Mazedonier eingeführt. Zu Beginn verlangten die Bulgaren nur eine Versicherung, seit Kurzem jedoch auch eine Visagebühr in Höhe von 35 Euro. Die rund 50 Euro Gesamtkosten sind nicht für jeden erschwinglich, daher ist auch der Busreiseverkehr durch Bulgarien in die Türkei (Visafrei für Mazedonier) zum Erliegen gekommen.



Impressum

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje**

Zusammenstellung und
verantwortlich für den Inhalt:

Ulrich Kleppmann

06.02.2007